



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
26.09.2025 Elbe-Jeetzel-Zeitung: Brief ans BASE: BI nimmt Stellung	4
26.09.2025 n-tv online: Trotz Eilantrags des BUND: Castortransporte nach Ahaus sollen noch 2025 beginnen	5
26.09.2025 heise online: Castor-Transporte sollen 2025 rollen, Gerichtsentscheid steht noch aus	6
26.09.2025 IT BOLTWISE: "Kontroverser Atommülltransport von Jülich nach Ahaus geplant"	7

Brief ans BASE: BI nimmt Stellung

Gorleben. In der Debatte um die verlängerte Zwischenlagerung von hoch radioaktivem Atommüll in Gorleben hat die Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) Lüchow-Dannenberg eine Stellungnahme beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) eingereicht. „Wir halten es mit Blick auf die sich hinziehende Endlagersuche und die Notwendigkeit, hoch radioaktive Abfälle für weitere 100 plus X Jah-

re oberirdisch zu lagern; für notwendig, die baugleichen Lagerhallen in Gorleben und Ahaus nachzurüsten. Zumal wir einen Abtransport im ‚bayrischen Stil‘ – oder wie jetzt in Nordrhein-Westfalen von Jülich nach Ahaus – an andere Lagerstätten strikt ablehnen,“ heißt es in der Präambel der Stellungnahme. Die Behälter sollten nur noch einmal bewegt werden – an den Standort eines

prospektiven Endlagers, um Strahlenrisiken, Unfälle und Sabotage zu minimieren, unterstreicht BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Das fünfseitige Positionspapier ist auf der Internetseite der BI unter www.bi-luechow-dannenberg.de einsehbar.

ejz

Wörter: 137
Autor/-in: ejz
Seite: 3 bis 3
Rubrik: LOKALES
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Nummer: Ausgabe 230, 2025
Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage: 9.093 (gedruckt)¹
9.819 (verkauft)¹
10.088 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,01418 (in Mio)²

¹ IVW 2/2025

² AGMA ma 2025 Tageszeitungen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 n-tv online

Trotz Eilantrags des BUND: Castortransporte nach Ahaus sollen noch 2025 beginnen

26. September 2025 08:28 | Medienart: Online | Visits/Monat: 240.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die letzten Castortransporte in Deutschland sind bald ein Jahr her. Allerdings könnte es in diesem Jahr weitere geben. Zumindest, wenn es nach der **Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen** geht. Die will 152 Behälter ins Zwischenlager Ahaus bringen. Ein Gerichtsurteil könnte das jedoch kippen.

Die Transporte von 152 **Atommüllbehältern** von Jülich nach Ahaus können nach Einschätzung der **Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen** (JEN) noch 2025 starten. "Wir beabsichtigen, noch in diesem Jahr mit den Transporten zu beginnen", sagte JEN-Sprecher Jörg Kriewel. Einen festen Termin gebe es aber noch nicht. Die **JEN** ist die Betreiberin des Zwischenlagers Jülich und Auftraggeberin der Castor-Transporte.

Ende August hatte das **Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung** (BASE) die umstrittenen Transporte ins 170 Kilometer entfernte Zwischenlager Ahaus genehmigt. Sie sollen auf der Straße erfolgen. Bei dem **Atommüll** handelt es sich um Brennelemente aus einem 1988 abgeschalteten Versuchsreaktor. Sie befinden sich in sogenannten Castoren - speziellen Schutzbehältern, die die gefährliche Strahlung weitgehend abschirmen.

Terminbestimmende Faktoren sind laut Kriewel zum einen die Vorbereitungen des Polizeieinsatzes, zum anderen eine noch ausstehende Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin. Dort hatte die Umweltschutzorganisation BUND in der ersten Septemberhälfte einen Eilantrag gegen die Transportgenehmigung gestellt. Sie begründete dies mit einem "erheblichen Risiko für Mensch und Umwelt", das von den Transporten ausgehe.

Eilverfahren könnte Plan torpedieren

Derzeit sei noch nicht abzusehen, wann über den Eilantrag entschieden werde, sagte eine Gerichtssprecherin. Eilverfahren am Verwaltungsgericht Berlin würden durchschnittlich in unter zwei Monaten erledigt. Stand jetzt sei mit einer Entscheidung noch in diesem Jahr zu rechnen.

Nach Angaben des Innenministeriums gibt es "wiederkehrende" Koordinierungsgespräche zwischen allen Beteiligten, "um einen sicheren und reibungslosen Ablauf" der Transporte zu gewährleisten, zuletzt in der laufenden Woche.

"Der Schutz von Castortransporten stellt zweifellos eine Herausforderung für die Polizei Nordrhein-Westfalen dar", sagte ein Ministeriumssprecher. Die Polizei Nordrhein-Westfalen sei jedoch leistungsfähig, gut organisiert und in der Lage, auch komplexe Einsatzlagen professionell zu bewältigen.

Wie viele Beamte möglicherweise zum Einsatz kommen, sagte der Sprecher nicht. Der erforderliche Kräftebedarf ergebe sich aus der Beurteilung der konkreten Lage durch die einsatzführende Kreispolizeibehörde Münster. "Ein Bedarf an Unterstützung durch die Polizeien anderer Länder oder des Bundes ist aktuell nicht erkennbar."

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 heise online

Castor-Transporte sollen 2025 rollen, Gerichtsentscheid steht noch aus

26. September 2025 06:39 | Medienart: Online | Visits/Monat: 35.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Inhaltsverzeichnis

Die Transporte von 152 **Atommüllbehältern** von Jülich nach Ahaus können nach Einschätzung der **Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN)** noch 2025 starten. "Wir beabsichtigen, noch in diesem Jahr mit den Transporten zu beginnen", sagte **JEN**-Sprecher Jörg Kriewel der Deutschen Presse-Agentur dpa. Einen festen Termin gebe es aber noch nicht. Die **JEN** ist die Betreiberin des Zwischenlagers Jülich und Auftraggeberin der Castor-Transporte.

Ende August hatte das **Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)** die umstrittenen Transporte ins 170 Kilometer entfernte Zwischenlager Ahaus genehmigt. Sie sollen auf der Straße erfolgen. Bei dem **Atommüll** handelt es sich um Brennelemente aus einem 1988 abgeschalteten Versuchsreaktor. Sie befinden sich in sogenannten Castoren – speziellen Schutzbehältern, die die gefährliche Strahlung weitgehend abschirmen. Eilentscheidung Verwaltungsgericht Berlin steht noch aus

Terminbestimmende Faktoren sind laut Kriewel zum einen die Vorbereitungen des Polizeieinsatzes, zum anderen eine noch ausstehende Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin. Dort hatte die Umweltschutzorganisation BUND in der ersten Septemberhälfte einen Eilantrag gegen die Transportgenehmigung gestellt. Sie begründete dies mit einem "erheblichen Risiko für Mensch und Umwelt", das von den Transporten ausgehe.

Derzeit sei noch nicht abzusehen, wann über den Eilantrag entschieden werde, sagte eine Gerichtssprecherin der dpa. Eilverfahren am Verwaltungsgericht Berlin würden durchschnittlich in unter zwei Monaten erledigt. Stand jetzt sei mit einer Entscheidung noch in diesem Jahr zu rechnen. Koordinierungsgespräche zwischen allen Beteiligten laufen

Nach Angaben des Innenministeriums gibt es "wiederkehrende" Koordinierungsgespräche zwischen allen Beteiligten, "um einen sicheren und reibungslosen Ablauf" der Transporte zu gewährleisten, zuletzt in der laufenden Woche. "Der Schutz von Castortransporten stellt zweifellos eine Herausforderung für die Polizei Nordrhein-Westfalen dar", sagte ein Ministeriumssprecher der dpa. Die Polizei Nordrhein-Westfalen sei jedoch leistungsfähig, gut organisiert und in der Lage, auch komplexe Einsatzlagen professionell zu bewältigen. NRW-Polizei will Einsatz alleine stemmen

Wie viele Beamte möglicherweise zum Einsatz kommen, sagte der Sprecher nicht. Der erforderliche Kräftebedarf ergebe sich aus der Beurteilung der konkreten Lage durch die einsatzführende Kreispolizeibehörde Münster. "Ein Bedarf an Unterstützung durch die Polizeien anderer Länder oder des Bundes ist aktuell nicht erkennbar."

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 IT BOLTWISE

"Kontroverser Atommülltransport von Jülich nach Ahaus geplant"

26. September 2025 06:46 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

JÜLICH / LONDON (IT BOLTWISE) – Der geplante Transport von **Atommüll** von Jülich nach Ahaus sorgt für hitzige Diskussionen. Trotz erteilter Genehmigung durch das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** (BASE) gibt es Bedenken seitens Umweltorganisationen. Diese warnen vor den Risiken für Mensch und Umwelt, insbesondere bei der Wahl des Transportweges über die Straße.

Der geplante Transport von **Atommüll** von Jülich nach Ahaus hat in den letzten Wochen erheblich an Aufmerksamkeit gewonnen. Die **Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen** (JEN) plant, 152 Castor-Behälter mit radioaktiven Materialien zum Zwischenlager in Ahaus zu transportieren. Diese Behälter enthalten Brennelemente eines bereits 1988 stillgelegten Versuchsreaktors. Die logistischen Vorbereitungen sollen noch in diesem Jahr beginnen, obwohl ein genauer Starttermin noch nicht feststeht.

Eine wesentliche Hürde wurde bereits überwunden: Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hat die notwendige Genehmigung für den Transport erteilt. Die Sicherheit steht im Mittelpunkt der Planungen, wobei die Castor-Behälter so konzipiert sind, dass sie die gefährliche Strahlung effektiv abschirmen. Dennoch bleibt die Wahl des Transportweges über die Straße ein umstrittenes Thema, da die Transporte durch dicht besiedelte Gebiete führen könnten.

Umweltorganisationen wie der BUND haben erhebliche Bedenken geäußert und einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht Berlin eingereicht, um den Transport zu stoppen. Sie argumentieren, dass die Risiken für Mensch und Umwelt nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Eine Entscheidung des Gerichts steht noch aus, was die Unsicherheit über den Fortgang des Projekts erhöht.

Parallel dazu laufen umfangreiche Vorbereitungen, um einen reibungslosen Ablauf der Transporte zu gewährleisten. Die nordrhein-westfälische Polizei bereitet sich intensiv auf die logistischen Herausforderungen vor. Obwohl keine genauen Angaben über die Anzahl der eingesetzten Polizeikräfte gemacht wurden, sieht sich die Polizei gut gerüstet, um die Aufgaben alleine zu bewältigen. Eine Unterstützung durch Einsatzkräfte aus anderen Bundesländern oder vom Bund wird derzeit nicht als notwendig erachtet.
